

DISKUSSION

Hans Werner Penk/Heinz Thörmer Reformismus und Aufstieg

Problemstellung

Wir wollen versuchen, einen *zusätzlichen* Argumentationsstrang zu den Analysen etwa von Müller/Neusüß (1) oder E. Altwater (2) zu entwickeln, der die dort getroffenen Aussagen *ergänzt*. Diese Analysen beschreiben den ideengeschichtlichen Hintergrund (Müller/Neusüß) oder die ökonomischen Rahmenbedingungen staatlichen Handelns (Altwater). Auch der Aufsatz von W. Luthardt (3) kritisiert den Reformismus und die entsprechende „Staatstheorie“ auf einer abstrakt-ideologischen Ebene (4). All diese Ansätze erklären *nicht* das je konkrete Politikmachen der Sozialdemokratie.

In der Heimann/Zeuner Studie zur Oertzenschen „Integrationsideologie“ (5) wird deutlich, daß diesen Autoren die SPD nicht so fremd gegenübersteht wie den oben erwähnten. Sie begreifen die Aussagen von Oertzens als Handlungsanleitung und Kritik, die bezogen ist auf die Insitution SPD und auf den (SPD-regierten) Staat. Dabei übersehen sie unseres Erachtens, daß es in der heutigen Sozialdemokratie *keine* verbreitete und verankerte theoretische Tradition mehr gibt.

Unsere Fragestellung zielt noch einige Ebenen tiefer. *Reformismus (6) muß unseres Erachtens vor allem als komplexer Interessenzusammenhang begriffen werden (7), als Ausdruck materieller Abhängigkeiten, als Denkmuster, als Lebensweise.* Der Begriff wird durch diese Erweiterung notwendig unscharf, aber so kann versucht werden, das subjektive Handeln der in diesem Interessenzusammenhang agierenden Menschen (etwa das der Parteifunktionäre) zu erklären und verständlich zu machen.

Wir hoffen, auf diese Weise wegzukommen von

- den platten Verratstheorien einerseits und
- den alles aus den Weltmarktbebewungen des Kapitals erklärenden (und deshalb eigentlich nichts-

1 Wolfgang Müller und Christel Neusüß, *Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital*, in: PROKLA, Sonderheft 1, S. 7 ff.

2 z.B.: Elmar Altwater, *Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus*, in: PROKLA Nr. 3, S. 1 ff.

3 Wolfgang Luthardt, in PROKLA Nr. 22, S. 161 ff.

4 *Im übrigen teilen wir nicht Luthardts Kritik an der Form der von Heimann/Zeuner geübten Kritik an den Thesen Peter von Oertzens. Wer erlebt hat, wie Peter von Oertzen mit Zitaten aus dem dritten Band des Kapitals (linke) Kritik am Orientierungsrahmen '85 unter dem Applaus rechter Sozialdemokraten zurückwies, wird für die Polemiken bei Heimann/Zeuner zumindest Verständnis haben.*

5 Siegfried Heimann und Bodo Zeuner, *Eine neue Integrationsideologie*, in: PROKLA Nr. 14/15, S. 105 ff.

6 *Wir beziehen den Begriff „Reformismus“ hier explizit auf die Sozialdemokratie, nicht auf die Gewerkschaften. In dieser Hinsicht wird der Begriff eingeeengt.*

7 *Dieser Begriff ist unseres Erachtens in diesem Zusammenhang erstmals von Helmut Korte in einem unveröffentlichten Thesenpapier, September 1973, benutzt worden.*

sagenden) Thesen andererseits (8).

Im folgenden wollen wir nun keine historische Analyse mit dem Inhalt leisten, wann, wie und warum die Sozialdemokratie reformistisch wurde. Vielmehr sollen einige Beispiele eher mosaikartig belegen, daß und wie die Motivation zum (individuellen) Aufstieg in der Sozialdemokratie strukturell angelegt ist; und welche Strukturen möglicherweise sozialdemokratisches Politikmachen mitentscheidend bestimmen.

Beginnen wir mit der Darstellung eines Konfliktes in der hannoverschen SPD, die auf Loyalitätskonflikte hinweist, die durch die SPD-Mitgliedschaft und einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst entstehen können:

Müllarbeiter contra „Parteilinke“

Im Jahre 1973 bestand die innerparteiliche Opposition (9) in Hannover nicht nur aus linken Technokraten, sondern u.a. auch aus führenden Mitgliedern der ÖTV-Opposition bzw. der Personalvertretung der Stadtverwaltung. Während eines Arbeitskampfes der Müllarbeiter stellten sich jedoch die dem Rat der Stadt angehörenden „Parteilinken“ aus Gründen, die mit „Gefährdung der Einheit der Partei“ u.ä. angegeben wurden, auf die Seite der Stadtverwaltung.

Als Folge dieser Entscheidung zogen sich in der folgenden Zeit die gewerkschaftlich tätigen Angehörigen der innerparteilichen Opposition aus der SPD zurück: sie wurden Karteileichen. Die „Parteilinke“ in Hannover versäumte hier die große Chance, gewerkschaftliche Interessen aufzugreifen. Für die Mehrheit dieser Gruppierung war die SPD die Gewerkschaft, über die sie ihre Interessen durchsetzen konnten.

Wir wollen dies Beispiel verallgemeinern: Arbeitskämpfe im Öffentlichen Dienst führen bei Kollegen, die gleichzeitig Angehörige der Gewerkschaft und der SPD sind, zu Loyalitätskonflikten, wenn die SPD über die parlamentarische Mehrheit in der jeweiligen Gebietskörperschaft verfügt. Dieser Konflikt wird dann zugunsten der Partei gelöst, wenn die Entwicklung der sozialen Lage des jeweils Betroffenen mehr von Einzelleistungen als von Arbeitskämpfen abhängig ist.

Als eine Folge solcher Konfliktlösung beginnt sich allmählich eine Ablösung der Lohnarbeiter im Öffentlichen Dienst von der SPD (häufig in die politische Apathie, nur selten hin zu links von der SPD stehenden Gruppierungen) zu vollziehen. Dieser Konflikt hat seine Ursachen in der sozialen Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft. Soweit die Mitglieder im Öffentlichen Dienst und besonders in den Kommunen beschäftigt waren, führte das zu einem spezifischen Interessenzusammenhang, der schon in der Weimarer Republik zum Problem wurde, und der das reformistische Bewußtsein in der SPD weiter verstärkte.

SPD-Bildungsarbeit zum Zwecke des individuellen Aufstiegs

Rudolf Hilferding skizzierte 1924 in einem programmatischen Aufsatz die „Probleme der Zeit“

- 8 *Wer zur Legitimierung eines solchen Ansatzes einen Beleg aus den Marx-Engels-Werken braucht: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens . . . Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“ Engels an J. Bloch, 21./22.9.1890, MEW XXXVII, S. 463.*
- 9 *Die innerparteiliche Opposition in der hannoverschen SPD war zu diesem Zeitpunkt im sogenannten Info-Kreis organisiert. Er war der informelle Zusammenschluß aller oppositionellen Kräfte. Die nur fragmentarisch vorhandene Strategie des Kreises läßt sich am ehesten als radikaldemokratisch bezeichnen. Die Forderungen waren ausgerichtet auf die Demokratisierung von Entscheidungen in der Partei und in Rat und Verwaltung.*

(10). Ausgehend von der Neutralität des Staates, in dem die Sozialdemokratie „politische Macht“ besitzt, geht es ihm nun darum, die hochkonzentrierte Wirtschaftsorganisation in den Griff zu bekommen. Dies geht nicht so schnell, auch wenn der Staat der Arbeiterbewegung nicht mehr als Hindernis im Wege steht.

„Denn wenn auch der Übergang der politischen Macht von einer Klasse auf eine andere in einem relativ kurzem Akt, also revolutionär, sich vollziehen kann, so geht die Ausgestaltung der Ökonomie stets nur in andauernder organischer Entwicklung, also evolutionär, vor sich.“

Um nun die „politische Macht abzusichern und Positionen im ökonomischen Bereich zu besetzen, ist eine spezifische Bildungsarbeit der – wie es bei Hilferding heißt – Produzentenorganisationen nötig. Es geht darum, einzelne Mitglieder fachlich zu schulen.

„Die Aufstiegsmöglichkeiten ihrer (der Produzentenorganisationen – d. V.) Mitglieder innerhalb der bürokratisch organisierten Wirtschaft wird zum Inhalt ihrer Politik zugleich mit dem Streben, die Wirtschaftsorganisation selbst zu beeinflussen und demokratisch umzuwandeln.“

Und noch deutlicher und ohne erkennbare Vorbehalte den *individuellen* Aufstieg beschreibend:

„Damit wird aber für die Gewerkschaften der Arbeiter und noch mehr der Angestellten die Qualifikation ihrer Mitglieder zu einer bedeutungsvollen Frage. Geht auch die Entwicklungsrichtung immer mehr auf Bildung der Massenorganisationen, der Industrieverbände, so führt der Kampf um Wirtschaftsdemokratie zu neuer Differenzierung innerhalb der Organisation und damit zu einem neuen Geist des Wettbewerbs um den sozialen Aufstieg.“ Gleichzeitig sollen die Arbeiter an der bürgerlichen Kultur Anteil nehmen.

Hilferding formuliert in diesem Aufsatz eine Strategie, die nicht auf eine grundlegende Veränderung hin angelegt ist. Sein formuliertes Interesse ist das der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, deren Interessen er mit denen der gesamten Arbeiterschaft gleichsetzt. Deshalb bleibt bei ihm auch „unreflektiert, daß es bis zu einem gewissen Grade im Interesse des Kapitals liegt, Arbeitervertreter an Entscheidungen mitwirken zu lassen. (Einmal, um von den speziellen Erfahrungen zu profitieren, zum anderen, um durch Mitverantwortung zu binden)“ (11).

Unsere Frage ist: wie kommt der führende sozialdemokratische Theoretiker zu solchen Thesen? Was ist die materielle Grundlage solchen Denkens?

Genauer: In den Augen der Mehrheitssozialdemokratie fiel nach dem ersten Weltkrieg in weiten Bereichen die politische Macht in ihre Hände. Das war für die Mitglieder auch sichtbar: Reichspräsident, Kanzler, Bürgermeister waren Sozialdemokraten. Sie repräsentierten den „neuen“ Staat, der also gar nicht mehr der absolute Gegner sein konnte.

Gerade auf kommunaler Ebene fehlten aber qualifizierte Mitglieder, die die anfallenden Verwaltungsaufgaben wahrnehmen konnten. Fehlleistungen der in der Legislative und Exekutive von Sozialdemokraten bestimmten Kommunalverwaltungen konnten so aufgrund des vorhandenen Staatsverständnisses leicht auf die Illoyalität der übernommenen Kommunalbeamten zurückgeführt werden.

Gleichzeitig strömten neue Mitgliedsschichten, kleinere Beamte, kommunale Angestellte in die SPD, um sich ihre Aufstiegschancen in der Verwaltung zu erhalten. In der Weimarer Republik begann so die SPD bereits (wenn auch sehr zögernd) zu einer Partei des öffentlichen Dienstes hinzutendieren.

Hilferding formulierte so nur die Bedürfnisse weiter Teile der Parteibasis, die etwa forderte:

„Eine Parteischule soll errichtet werden zur Ausbildung befähigter Parteimitglieder in der Kommunalverwaltung und im Staatsdienst, damit die Partei jederzeit in der Lage ist, allen Anforderungen bei der Besetzung von Verwaltungsposten gerecht zu werden“ (12).

10 Rudolf Hilferding, *Probleme der Zeit*, in: *Die Gesellschaft*, 1. Jahrgang 1924, S. 1 ff. Alle Hilferding-Zitate sind diesem kurzen Aufsatz entnommen.

11 Michael Joost, *Die Theorien zur Wirtschaftsdemokratie am Ende der Weimarer Republik, unveröffentlichte Diplom-Arbeit, Göttingen 1970, S. 79*

12 SPD-Bezirk Hannover-Braunschweig, *Protokoll des Bezirksparteitages am 27./28.8.1921: zitiert nach Wolfgang Jüttner, Soziologische Veränderungen in den Bildungsbestrebungen*

Die von Hilferding ausgesprochenen Vorstellungen waren also u.a. bedingt durch die auf die SPD zugekommenen Probleme. Um den „neuen politischen Anforderungen, die an die Mehrheitssozialdemokratie herangetragen wurden, Rechnung zu tragen, schien eine Intensivierung der innerorganisatorischen Bildungsarbeit mit verändertem Lernziel unausweichlich“ (13).

Die potentiellen und tatsächlichen Aufstiegschancen in Staatsverwaltung und auch im Bereich der Wirtschaft, die sich den Gewerkschafts- und Parteifunktionären bis hin zur unteren Funktionärschicht öffneten, trugen so entschieden zur Ausprägung der sozialdemokratischen Ideologiebildung bei (14).

Wie kommt es zum „Fritz-Erler-Kreis“?

Auch aktuelle Erscheinungen sozialdemokratischer Politik lassen sich mit der These vom Interessenzusammenhang interpretieren. Die Gründung des „Fritz-Erler-Kreises“ (15) etwa kann erklärt werden aus dem spezifischen Politik-Interesse und -Verständnis der dort sich organisierenden SPD-Mitglieder (16).

Überwiegend in Kommunal- und Landesverwaltungen tätig, scheinen sie zu befürchten, ihre Privilegien und Aufstiegschancen durch eine stärkere Polarisierung zu verlieren. (Eine Polarisierungsgefahr sehen sie etwa in solchen Aussagen von W. Brandt wie: Die CDU/CSU sei nicht regierungsfähig, sie stelle ein Sicherheitsrisiko dar.)

Deshalb betonen sie die „Solidarität aller Demokraten“, distanzieren sich von allem, was sie für links halten, fordern eine Verschärfung der Berufsverbote usw. So wird versucht, sich als Bündnispartner für nicht unwahrscheinliche CDU-Mehrheiten in jetzt noch SPD-regierten Kommunen und Ländern (für Niedersachsen lassen sich genügend Beispiele angeben; nicht zufällig hat der „Fritz-Erler-Kreis“ dort starke Bastionen) anzubieten. Der Sprecher des Kreises, der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber, wird bereits von einer CDU-Stadtratsmehrheit getragen. Die zahlreichen Vertreter und Funktionäre der SPD aus der Stadt Hannover im „Fritz-Erler-Kreis“, die ebenfalls überwiegend in Stadt- oder Landesdiensten stehen, antizipieren mit ihrem Engagement dort die von ihnen erwartete Wahlniederlage bei der Kommunalwahl im Oktober 1976.

In Klammern gesagt: Als Parteibuchbeamte der zweiten Generation geben sich diese Gruppen kaum noch mit der ideologischen Verbrämung ihrer konkreten Ziele Mühe. Es handelt sich

der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit von 1906 - 1921, dargestellt am Beispiel der Parteigliederung in Hannover, unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, Hannover, Dezember 1975, S. 1.

- 13 Wolfgang Jüttner, a.a.O., S. 105. Vgl. zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit die entsprechenden Abschnitte in der Arbeit von August Enderle, *Die Einheitsgewerkschaften, Düsseldorf 1959, (Nicht-) Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „So lange wurde die Gesellschaftsordnung als ungerecht empfunden, als sie durch Reservate und Privilegien den Spielraum dieses Grundanliegens (nach ‚sozialer Gerechtigkeit‘ – d.V.) einengte und somit den Aufstieg in eine höhere Lebenslage verhinderte.“* S. 993/994
- 14 *Auf die Theorie der SPD bezogenen gilt der Satz von Marx aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie: „Die Theorie wird in einem Volke immer nur soweit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist.“ – Im übrigen übernahm die SPD nach dem 2. Weltkrieg diese Bildungskonzeption ohne irgendwelche Konsequenzen.*
- 15 *Der „Fritz-Erler-Kreis“ ist eine Vereinigung rechter Sozialdemokraten, die erstmals Anfang 1976 an die Öffentlichkeit trat. Vergleiche zu seinen programmatischen Aussagen den Protokollauszug einer Sitzung in der „Frankfurter Rundschau“ vom 31.3.1976.*
- 16 *Leider fehlen in diesem Bereich empirische Untersuchungen fast vollkommen. Joachim Raschkes Studie (Innerparteiliche Opposition, Hamburg 1974) ist eine Ausnahme. Raschke weist u.a. nach, daß die klassische Unterscheidung in der SPD zwischen „Linken“ und „Rechten“ soziologisch wenig hergibt. Ihre soziale Basis ist die gleiche.*

um konservative bis reaktionäre Personen, die, lebten sie etwa in Bayern, mit einiger Sicherheit in der dortigen Mehrheitspartei anzutreffen wären.

Betrachten wir nach den „rechten“ Sozialdemokraten des „Fritz-Erler-Kreises“ nun die „Linken“ am Beispiel der Jungsozialisten, um auch diesen Flügel der SPD zu beleuchten.

Welche Interessen bestimmen die Politik der Jungsozialisten in der SPD?

Die Politik der Jungsozialisten, vor allem ihrer höheren Funktionäre und das heißt: ihre öffentlichkeitswirksame Politik, läßt sich an bestimmten Bedürfnissen und Interessen dann festmachen, wenn man sich der Mühe unterzieht, einen Blick auf ihre soziale Zusammensetzung zu werfen.

Tabelle (17): Berufszugehörigkeit von Jungsozialisten (in %)

	Dortmund	Bundes- kongreß 1972	Bezirk Ostwest- falen-Lippe	AG Nordwest
Schüler/Stud.	21,94	42,54	25,2 + 29,3 = 54,5	43
Angestellte	32,65	25	14,3	22
Beamte	14,29	21,93	7,5	15
Arbeiter	18,37	4,82	11,5	14
Lehrlinge	6,63	0,88	6,8	—
Sonstige	3,06	3,95	4,0	6
ohne Angabe	3,06	0,88	—	—

Diese Statistik macht deutlich, daß Schüler und Studenten (hier muß hinzugefügt werden: und andere Akademiker wie Lehrer und Assistenten) die Mehrheit der aktiven Jungsozialisten bilden.

Geht man davon aus, daß die erfaßten Schüler zu 90 % und mehr Gymnasiasten sind, so kann man feststellen: *die Jungsozialisten, die im Öffentlichen Dienst sind (die Beamten und der größte Teil der Angestellten) und die, die dahin wollen (Schüler und Studenten), dominieren zu weit mehr als 50 % die Jungsozialisten-Mitgliedschaft.* Bei den Funktionären der höheren Ebenen sind fast nur noch diese sozialen Gruppen vertreten (s. die Auswertung des Bundeskongresses 1972).

Die soziale Zusammensetzung einer Organisation allein ist sicher kein hinreichendes Erklärungsmoment für deren praktische Politik. Mit Sicherheit kommt es jedoch nicht von ungefähr, daß innerhalb der Juso-Funktionäre erbittert um diverse Modelle zur Investitionslenkung gerungen wird. Modelle, die allesamt mit der Einrichtung neuer Behörden schwanger gehen (18). Man

17 Die Tabelle stellt eine Zusammenschau dreier Untersuchungen über Jungsozialisten dar. Die Erhebungen sind dabei nicht voll vergleichbar, sie beziehen sich auf unterschiedliche samples. Zeitlich liegen sie in der Zeit von Ende 1971 bis Mitte 1973. Wichtig in unserem Zusammenhang ist die in der Tendenz verblüffende Übereinstimmung der Ergebnisse. Es handelt sich um:

- Christoph Butterwege, *Organisation und Information der Jungsozialisten*, in: *Neue Gesellschaft* 1972, S. 678 - 681 (Dortmund und Bundeskongreß 1972)
- Regina Kagelmacher, Günther Remmel, Friedrich Schepsmeier, *Zwischenbericht über die Fragebogenaktion zur Organisation und Information im Juso-Bezirk Ostwestfalen/Lippe*, in: *Jungsozialisten Informationsdienst*, hrsgg. vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Bezirk Ostwestfalen/Lippe, Bielefeld 1973
- Juso-AG Nordwest (UB Hannover-Stadt), *Fragebogenaktion (Sommer 1973)*, hektographierte Auswertung, unveröffentlicht.

18 Peter von Oertzen hat diese Investitionslenkungs-Debatte in seinem Briefwechsel mit Wolf-

kann sich leicht ausmalen, wem die oberhalb von A 13 angesiedelten Planstellen in dieser „Systemveränderungsbehörde von Investitionslenkern“ zugeträumt wurden.

Demgegenüber sind alle Überlegungen, die in die Richtung einer mehr basisorientierten Politik unternommen wurden, schon im Ansatz mit dem Kains-Mal des Chaotentums versehen worden. Eine ernstzunehmende Diskussion etwa über die Veränderung innerhalb der Arbeiterklasse, die spontanen Streiks seit 1969, die innergewerkschaftliche Diskussion (Stärkung der Vertrauensleute, betriebsnahe Tarifpolitik) hat dagegen bei den Jungsozialisten nicht stattgefunden.

Im Gegenteil, man versuchte ständig, „gute Kontakte zu den Gewerkschaften“ herzustellen bzw. zu erhalten. Unter Gewerkschaften wurden und werden jedoch *nur* jene haupt- oder quasi-hauptamtlichen Funktionäre bzw. Betriebsräte verstanden, gegen die vor allem sich Linke in den Gewerkschaften wenden. Dieses Verhältnis wurde auf dem letzten Bundeskongress der Jungsozialisten durch die Wahl zweier hauptamtlicher Bundesjugendsekretäre in den Bundesvorstand vervollkommenet.

Eine letzte Bemerkung zu diesem Komplex: Wenn die Aussage der Parteiensoziologen stimmt,

„daß die Parteimitgliedschaft – zumal die aktive – weniger eine in der Arbeiterschaft als vielmehr eine in der mittleren und oberen Mittelschicht angestrebte soziale Rolle ist. Die gehobene Beamtenschaft insbesondere stellt das Hauptreservoir der Parteiaktivisten und damit auch der Parteiführung dar“ (19).

– dann kann man die Jungsozialisten von ihrer Sozialstruktur her als *die* adäquate Nachwuchsorganisation der Sozialdemokratie ansehen.

Fazit

Müller/Neusüß und andere erklären die revisionistische Ideologie von der Neutralität des Staates nicht aus den konkreten gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen dieser Ideologie heraus. Ihre Kritik – das Messen der Aussagen der Revisionisten an den Marx-Engels-Werken – und ihre Folgerungen bleiben *in dieser Hinsicht* belanglos, sie werden nicht erklärungskräftig, bleiben phänomenologisch an der Oberfläche der für sie unerklärlichen Erscheinungen kleben.

Nach unserem Erklärungsansatz handelt es sich etwa bei den Flügelkämpfen in der SPD nicht um irgendeinen Ausdruck von Klassenauseinandersetzungen, sondern: *Flügelkämpfe in der SPD (und bei den Jungsozialisten) sind Machtkämpfe um Aufstiegs- und Einflußchancen, deren Objekte allemal Institutionen und Funktionen des – im weitesten Sinne – öffentlichen Dienstes sind.*

In den drei Beispielen wird als Voraussetzung dieser sozialdemokratischen Politik deutlich: das Kontrollinteresse einer bürokratischen oder technokratischen Elite über die Arbeiterklasse soll erhalten bleiben; denn deren mögliche Emanzipation stellt eine handfeste Bedrohung für die Interessen der Kontrolleure dar. Die Kehrseite dieser Medaille beschreibt ein deutsches Sprichwort: Wes' Brot ich eß' (das des ideellen Gesamtkapitalisten), des' Lied ich sing'! Oder: Wer bezahlt, bestimmt die Musik!

Dieter Narr dann auch zu Recht als technokratisch gekennzeichnet. (FORUM DS, Heft 1, S. 149)

19 Jürgen Dittberner, *Entwicklungstendenzen des Parteiensystems in der Bundesrepublik*, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbinghausen (Hrg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise*, Opladen 1973, S. 477